

Frankfurter Allgemeine Zeitung

102988

FAZ 27.4.93.

P

Was wurde aus den Kriegsgefangenen ?

Die Akten in Moskau / Kritik an der Bundesregierung / Ein Symposium

Sto. BONN, 26. April. Kritik an dem mangelnden Interesse der Bundesregierung an der Aufarbeitung der Prozesse Stalins gegen die deutschen Kriegsgefangenen in den Jahren 1949 und 1950 ist auf einem Symposium des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen (VdH) in Bonn laut worden. Auch wenn die „Gemeinsame Erklärung“ von Bundeskanzler Kohl und dem russischen Präsidenten Jelzin vom Dezember 1992 über die „Rehabilitierung unschuldig Verfolgter“, mit der auch die zu Unrecht verurteilten Kriegsgefangenen moralisch rehabilitiert sind, nachdrücklich begrüßt wurde, so bestehe dennoch die Pflicht, anhand der nun zugänglichen Moskauer Akten die geschichtliche Wahrheit so detailliert wie möglich aufzuarbeiten, sagte der Präsidialrat des VdH, Wagenlehner. Die gemeinsame Geschichte von Deutschen und Russen im Guten wie im Bösen könne nur gemeinsam bewältigt werden. Dazu gehöre auch die Einzelfallprüfung anhand der Moskauer Prozeßakten, weil eine kollektive Rehabilitation auch jene deutschen Soldaten freispreche, die in der Sowjetunion Verbrechen begangen hätten.

Zwischen 30 000 und 35 000 deutsche Kriegsgefangene wurden Ende der vierziger Jahre durch Stalin'sche Terrorurteile zu Kriegsverbrechern gestempelt. Die vorgefertigten „Urteile“ gegen die deutschen „Faschisten“ waren, wie der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, auf der Veranstaltung sagte, einerseits eine Waffe Stalins in der ideologischen Kriegsführung des Kalten Krieges; andererseits konnte Stalin auf diese Weise eine große Zahl von „Langzeit-Arbeitsklaven“, wie es der Passauer Professor Fincke nannte, in den Gulags zurückhalten: Die Soldaten mußten nun nicht mehr als Kriegsgefangene in die Heimat entlassen werden. Von den in der Regel zu 25 Jahren Strafarbeitslager „Verurteilten“ kamen die 11 000 Überlebenden erst nach Adenauers Moskau-Reise 1955 zurück in die Heimat.

Damals verbot die Bundesregierung unter Adenauer Professor Maschke als Leiter einer zeitgeschichtlichen Kommission, das Thema der Stalin'schen „Kriegsverbrecher“-Prozesse in der 22 Bände umfassenden Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen einzubeziehen. Die verfügbaren Unterlagen wurden wegen „außenpolitischer Rücksichtnahmen“ zur Geheimsache erklärt und einer „Zentralen Rechtsschutzstelle“ des Auswärtigen Amtes unterstellt, die 1970 von der Regierung Brandt/Scheel unauffällig aufgelöst wurde. Erst 1989 wurde die Geheimhaltung aufgehoben, die teilweise unerschlossenen Ak-

ten sind jetzt im Bundesarchiv in Koblenz zugänglich.

Doch Interesse an einer Aufarbeitung und an der gebotenen Rehabilitierung der ehemaligen deutschen Soldaten besteht auch heute weder im Auswärtigen Amt noch im Bundesverteidigungsministerium. Von der Hardthöhe etwa heißt es, das zuständige Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg verfüge nicht über die nötigen Kapazitäten, um sich des Themas annehmen zu können.

Enttäuscht über die mangelnde Unterstützung der zuständigen Bonner Ministerien, haben sich einige der Betroffenen inzwischen selbst an die russischen Behörden gewandt und sind dort in kürzester Zeit strafrechtlich rehabilitiert worden. Dregger rief Bundesregierung und VdH auf, nun gemeinsam ein Konzept zur Aufarbeitung der historischen Wahrheit zu verwirklichen. Aus den Beiträgen der russischen Teilnehmer der Veranstaltung wurde deutlich, daß es in Moskau verwundere, wie zurückhaltend die deutsche Botschaft sich in dieser Frage zeige: Für den Wunsch der Betroffenen nach einer Einzel-Rehabilitierung gebe es dort großes Verständnis. So ist – als Folge der „Gemeinsamen Erklärung“ vom Dezember – seit 1. April eine spezielle Kommission nur für die Rehabilitation Deutscher zuständig, wie der Vorsitzende der Kommission des Obersten Sowjets für die Rehabilitation der Opfer politischer Gewalt, Kopylov, mitteilte. Umgekehrt erhoffe man sich in Moskau jedoch jetzt auch die Unterstützung Deutschlands bei der Aufklärung des Schicksals von 400 000 sowjetischen Bürgern, die in Deutschland im „Arbeitseinsatz“ waren.

Der Bund der Heimkehrer will nun mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums die Unterlagen in den Moskauer Archiven in eigener Initiative durcharbeiten. Er kann sich dabei auf Vorarbeiten des österreichischen Professors Karner (Graz) stützen, der dort – ebenfalls ohne Unterstützung der Wiener Regierung – über die österreichischen Kriegsgefangenen arbeiten und immerhin 25 Prozent der Vermißtenschicksale klären konnte. Wie Wagenlehner in Bonn mitteilte, sollen 3,5 Millionen Akten von russischen Fachkräften mit Hilfe von Computern bis Ende dieses Jahres nach den bis zu 35 000 Unterlagen der zu Unrecht verurteilten Deutschen durchgesehen und erfaßt werden. Bei etwa 30 Prozent der Fälle sei der deutsche Name falsch übertragen worden. Sobald die deshalb schwierige Zuordnung gelungen sei, sollen Hinterbliebene informiert werden. Außerdem wolle der Bonner Professor Fischer eine Dokumentation erstellen, deren Finanzierung jedoch noch ungesichert ist.